

**Nur gemeinsam zum Ziel:
Ausbau der Kindertagesbetreuung durch Bund, Länder
und Kommunen
für die Kinder und Familien in Deutschland**

Rede

Bundesministerin Dr. Kristina Schröder

zum Stand des Ausbaus der Kinderbetreuung

anlässlich der Tagung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU

6. Juli 2012

Anrede,

I.

Das Ticken der Uhr ist beim Kita-Ausbau nicht mehr zu überhören:

Uns bleibt nicht mehr viel Zeit.

Wer wüsste das besser als Sie, die sich tagtäglich vor Ort mit dieser Mammutaufgabe beschäftigen. –

Ich weiß und ich sehe, dass Ihnen der Ausbau ein echtes Anliegen ist und dass Sie eine Menge tun, um unser gemeinsames Ziel – ein bedarfsgerechtes Angebot – zu erreichen!

Ich bin deswegen heute auch nicht hier, um gebetsmühlenartig den Rechtsanspruch ab dem nahenden August 2013 zu wiederholen – denn dass der Rechtsanspruch kommt, wissen wir alle.

Am 1. August 2013 muss Eltern und Kindern ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zur Verfügung steht! Die Eltern vertrauen darauf. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Wir stehen hier alle gemeinsam in der Verantwortung! Aber wir haben unterschiedliche Verpflichtungen:

Der Bund hat sich im Jahr 2007 bereit erklärt, den Kitausbau mit einem Drittel der Kosten zu unterstützen.

Dieser Verpflichtung sind wir mehr als nachgekommen.

Grundlage dafür sind durchschnittliche Planungszahlen für den Bedarf: 2007 35 Prozent und heute 39 Prozent.

Ich weiß aber genauso wie Sie, dass diese Durchschnittszahlen nicht den Bedarf auf kommunaler Ebene wiedergeben.

Es gibt Landkreise, in denen 15% zur Bedarfsdeckung führen, und es gibt Städte,

in denen zum Teil ein mehr als dreifacher Bedarf besteht.

Bei den Ländern liegt die Steuerungsverantwortung.

Sie müssen sowohl ihren finanziellen Beitrag leisten, als auch dafür sorgen,

dass das Geld genau dort ankommt, wo es gebraucht wird.

Die Kommunen müssen sich natürlich vor Ort um die Erfüllung des Rechtsanspruches kümmern,

also auch um eine genaue Planung des Krippenausbaus für die jeweilige Gebietskörperschaft.

Dabei ist klar:

- Ohne das Geld des Bundes,

- ohne die Weiterleitung der Mittel des Bundes durch die Länder für Investitionen und Betriebskosten
- und ohne den Einsatz eigener Landesmittel können die Kommunen ihre Aufgabe nicht erfüllen.

Wir als Bund haben unsere Finanzverpflichtung erbracht und jetzt sogar noch eine ordentliche Schippe drauf gelegt. Wir könnten uns als Bund also eigentlich zurücklehnen.

Aber natürlich ist uns bewusst, dass mögliche Probleme mit der Erfüllung des Rechtsanspruches im Jahr 2013 nicht nur ein Problem der Kommunen und der Länder sein werden, sondern selbstverständlich auch ein Problem des Bundes.

Deshalb geht es mir heute darum, gemeinsam mit Ihnen zu schauen, was wir im verbleibenden Jahr, bis der Rechtsanspruch kommt, noch tun können und tun müssen.

II.

Fest steht: Ab August 2013 sollen alle Eltern, die sich

einen Kitaplatz für ihr Kind wünschen, ab dem 1. Geburtstag des Kindes auch einen Kitaplatz bekommen.

Darum geht es – und das ist und bleibt eine gewaltige Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen.

Dieses Ziel beruht auf dem partei- und ebenübergreifenden Konsens über die hohe Bedeutung eines guten
Betreuungsangebots

- für die Wahlfreiheit von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- für die Zukunftsperspektiven von Kindern, gerade aus sozial schwachen Verhältnissen
- und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

In Zeiten des demografischen Wandels können wir es uns weniger denn je leisten,

- dass Kinder mangels früher Bildungschancen schlechte Zukunftsperspektiven haben,
- dass Mütter, die gerne arbeiten würden, nicht arbeiten können, weil sie keine Kinderbetreuung haben.

Ohne ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot gibt es keine Wahlfreiheit in den Familien

und keine gerechte Verteilung von Bildungschancen in unserer Gesellschaft!

Deshalb hat der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung für mich oberste Priorität!

Und deshalb sage ich: Das verbleibende Jahr bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs muss zum Jahr des Kita-Ausbaus werden!

III.

Es ist nicht so, dass sich wenig getan hätte in den letzten Jahren, meine Damen und Herren!

Im Gegenteil:

Die Kommunen haben mit Unterstützung des Bundes die U3-Plätze innerhalb von nur fünf Jahren mehr als verdoppelt:

2006 hatten wir bundesweit 290.000 Plätze in der U3-Betreuung, zum 1. März 2011 – also fast vor einem Jahr – waren es 517.110 Plätze.

Das war in Zeiten knapper Haushaltsmittel ein echter Kraftakt.

Und diesen Erfolg sollten wir uns nicht klein reden lassen!

Trotzdem bedarf es noch großer Anstrengungen.

Sorge bereitet mir dabei insbesondere, dass noch ca. 12 Prozent der Investitionsmittel des Bundes von den Ländern überhaupt noch nicht bewilligt sind.

Das kann gerade angesichts der

- finanziellen Situation vieler Kommunen,
- dem gesteigerten Bedarf an qualifizierten Fachkräften
- sowie der Frage der Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung

nicht angehen!

Es passt auch nicht zusammen, nach neuem Geld zu rufen, aber altes noch nicht verbraucht zu haben

Ich habe darum noch einmal ein deutliches Wort an die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern gerichtet.

Auch öffentlich müssen die Länder an ihre Zusagen erinnert werden. Die Lasten können nicht einseitig auf andere – die Kommunen oder den Bund – abgeschoben werden.

Ich will mich aber nicht darauf beschränken, mit dem Finger auf die Länder zu zeigen.

Auch auf Bundesebene haben wir immer wieder geschaut, was wir noch tun können, wo wir noch unterstützen können.

Als Antwort auf die drängendsten Probleme, die sich gerade in den Monaten bis August 2013 besonders stark auf den weiteren Ausbau auswirken werden, habe ich im Mai ein Zehn-Punkte-Programm vorgestellt.

Damit gehen wir die beiden größten Herausforderungen an, vor denen wir im Moment stehen: die Finanzierung und die fehlenden Fachkräfte.

Zunächst zur Finanzierung:

Um dem gestiegenen durchschnittlichen Elternbedarf von 39 Prozent gegenüber 35 Prozent beim Krippengipfel gerecht werden zu können, brauchen wir rund 30.000 Plätze mehr als vor fünf Jahren kalkuliert.

Das heißt: Eine tatsächliche Bedarfsdeckung wird es erst bei rund 780.000 Plätzen geben statt bei den 2007 rechnerisch ermittelten 750.000 Plätzen. Das bedeutet einen gehörigen finanziellen Mehraufwand für alle Beteiligten.

Wir haben darum alles daran gesetzt, hier nachzusteuern und ich freue mich sehr, dass uns das auch gelungen ist:

- 2013 werden wir als Bund noch einmal gut 580 Millionen Euro für Investitionskosten beisteuern.
- Außerdem legen wir bei den Betriebskosten jährlich zusätzliche 75 Millionen Euro oben drauf.

Gerade die weitere Unterstützung bei den laufenden jährlichen Kosten wird die Kommunen in ihren Bemühungen stärken. (Hier zuvor Kritik aus Kommunen am 10-Punkte-Plan ohne weitere finanzielle Unterstützung, z.B. Bottroper Kreisvorsitzender der KPV von CDU/CSU, Michael Pricking.)

Die Bundesregierung erwartet nach dieser erneuten Anstrengung, dass auch die Länder, die dies bisher noch nicht in ausreichendem Maße getan haben, ihre Zusagen des Krippengipfels vollständig einlösen und dadurch noch einmal deutlich die Dynamik beim Kita-Ausbau erhöhen.

Darüber hinaus müssen wir erfahren, wo genau nachweisliche Finanzierungslücken sind, um den Rechtsanspruch zu schaffen.

Denn bei aller berechtigten Kritik ist es hier auch nicht richtig, alle Bundesländer über einen Kamm zu scheren:

- Manche Bundesländer haben von den Bundesmitteln bereits ihr gesamtes Kontingent in Anspruch genommen.
- Andere Bundesländer stehen kurz davor,

ihre Kontingente komplett bewilligt zu haben.

Dafür erhoffe ich mir Ihre Mithilfe und weitere Mithilfe der Länder!

Ich habe im Rahmen meines 10-Punkte-Plans ferner eine Vereinbarung mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau getroffen:

Die KfW legt ein spezielles Programm auf, über das zinsgünstige Kredite an Kommunen und freie Träger für Investitionen in den Kitausbau ausgegeben werden.

Der Bund ermöglicht attraktive Zinskonditionen durch eine Zinszuschuss für die KfW-Kredite.

Mit diesem neuen KfW-Programm verschaffen wir den Kommunen und Trägern direkt insgesamt 350 Mio. Euro neue Investitionsmittel.

Das zweite große Ausbauhindernis ist, wie Sie in den Kommunen wissen, personeller Natur. Für die zusätzlichen Plätze brauchen wir zusätzliche Fachkräfte.

Bis zum Kitajahr 2013 werden noch rund 14.000 Erzieherinnen und Erzieher und mindestens 16.000 Tagesmütter und -väter gebraucht.

Auch wenn die meisten Länder bereits große Anstrengungen unternommen haben, um die Ausbildungskapazitäten zu steigern, stehen nicht von heute auf morgen ausreichend Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung.

Hier müssen wir neue Wege gehen.

Berufsbiografien verlaufen längst nicht mehr linear.

Dementsprechend müssen auch die Wege hin zum Erzieherberuf vielfältiger und flexibler werden.

Es gibt beispielsweise ein großes Potenzial an Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für den Erzieherberuf, die über eine entsprechende fachnahe Vorbildung verfügen.

Denken wir nur an Grundschullehrkräfte, die in den Erzieherberuf wechseln möchten.

Derartige Vorkenntnisse werden bei der bisherigen Ausbildung oft zu wenig berücksichtigt. Das bindet unnötig Kräfte und Zeit.

Mit besser auf die Ausbildungskräfte zugeschnittenen Ausbildungswegen kann dem hohen Personalbedarf in Kitas gleichermaßen kurzfristig und wirkungsvoll begegnet werden. Einige Länder nutzen den „Lernort Praxis“ bereits mit Erfolg.

Unabhängig von der Frage der Art der Aus- und Weiterbildung werden wir aber nur dann Menschen für den Erzieherberuf gewinnen können, wenn er sowohl finanziell als auch gesellschaftlich attraktiver wird.

Ich habe daher mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden, den kommunalen Arbeitgebern, Gewerkschaften, Trägern und die Bundesagentur für Arbeit eine Arbeitsgruppe einberufen, in der wir bereits erste Schritte für mehr Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung besprochen haben.

Ende Juli tagen wir erneut.

Dann wollen wir erste Empfehlungen formulieren.

Wegweisend für die Lösung des hohen Fachkräftebedarfs können auch wissenschaftliche Erkenntnisse,

wie beispielsweise die sehr interessante Studie über Gründe für die hohe Fluktuation von Erzieherinnen und Erziehern sein, die von Rheinland-Pfalz in Auftrag gegeben wurde (Studie Prof. Sell).

Ergebnis dieser Studie war u.a., dass ein großer Teil der Fachkräfte mit befristeten Arbeitsverträgen in den Lebensmitteleinzelhandel abwandert.

Ein Weg hin zu einer sicheren Perspektive für Erzieherinnen und Erzieher führt darum zum Beispiel über die Aufstockung von Teilzeit-Arbeitsplätzen zu Vollzeit-Arbeitsplätzen.

Ähnliche Herausforderungen gibt es bei Tagesmüttern und -vätern, von denen bis August 2013 noch zwischen 16.000 (Betreuungsschlüssel 1:5) und 27.000 (1:3) benötigt werden.

Neben den Kitas ist die Kindertagespflege eine gute und familiennahe Betreuung gerade der jüngsten Kinder.

Tagesmütter leisten laut der im April veröffentlichten Nubbek-Studie eine hervorragende Arbeit.

Umso unverständlicher ist es, dass diese Betreuungsform beim Ausbau noch zu wenig berücksichtigt wird.

Diejenigen, die nur ein bis drei Kinder betreuen,

können davon kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Eine Selbständigkeit ist für sie unattraktiv.

Und ein Großteil von ihnen gibt in der aktuellen Befragung zum aktuellen KiFÖG-Bericht an, die Tätigkeit bei Aussicht auf eine sicherere Beschäftigung aufgeben zu wollen.

Das sind nicht zwangsläufig Tagesmütter- und -väter, die nicht qualifiziert wären, sondern in der Regel hoch motivierte und engagierte Kräfte.

Ihnen wollen wir eine sichere Perspektive geben: ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, das ihnen hilft, von ihrem eigenen Einkommen zu leben und Altersarmut zu vermeiden.

Sichere Verhältnisse sind eine Win-Win-Situation für alle:

Die Eltern haben eine verlässliche Betreuungsperson, die ihnen als wichtige Bezugsperson ihres Kindes über mehrere Jahre erhalten bleibt.

Und Sie in den Kommunen haben eine kalkulierbare Haushaltsposition und können Qualifizierung und Vertretungsregelungen vorgeben.

Der Bund zahlt deshalb für ein Jahr Lohnkostenzuschüsse in Höhe von maximal 50 Prozent des Arbeitgeberbruttogehalts.

Das Modell ist über mehrere Jahre in einzelnen Modellstandorten unseres Aktionsprogramms Kindertagespflege erprobt: Am Ende waren sogar die Kämmerer überzeugt von der Fortführung des Programms. Es rechnet sich also auch finanziell für die Kommunen.

IV.

Bei allen Maßnahmen in Bezug auf Fachkräftegewinnung muss das Kindeswohl natürlich immer im Mittelpunkt stehen.

Die hohe fachliche Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher ist absolut notwendig. An dieser Qualifikation soll es keine Abstriche geben.

Denn das ganze Projekt Ausbau U3 steht und fällt auch mit der Qualität.

Quantität und Qualität des Ausbaus müssen weiter Hand in Hand gehen.

Diesen Anspruch unterstreichen wir sowohl mit unserer Förderung für gutes Personal als auch mit weiteren Investitionen:

Zum Beispiel mit der „Offensive frühe Chancen“: Damit stellt der Bund bis 2014 rund 400 Millionen Euro für eine verbesserte Sprachförderung und die Begleitung von Eltern bereit.

Darüber hinaus wenden wir uns mit dem Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“ an die Eltern, denen weitergebildete Fachkräfte der Familienbildung helfen, Bildungsentscheidungen zu treffen.

Um die Kommunen und die lokal Beteiligten auch beim qualitativen Ausbau zu unterstützen, haben wir das Serviceprogramm „Anschwung für frühe Chancen“ entwickelt.

Hier bieten wir gemeinsam mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung direkt in den Kitas bei der frühkindlichen Förderung Hilfe an.

Wo aber bürokratische Standards in spezifischen Bereichen aus Kindeswohlsicht keinen erkennbar Sinn und Zweck haben, sollten sie auch zeitweilig modifiziert werden können.

Unnötige Ausbau- und Betreuungshindernisse können so kurzfristig überwunden werden, ohne dass die Qualität der Betreuung eingeschränkt wird.

V.

Meine Damen und Herren!

Die Bundesregierung ist der festen Überzeugung, dass das Ausbauziel und damit auch der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im kommenden Jahr erreichbar sind. Deshalb halten wir aus heutiger Sicht auch die durchschnittliche Betreuungsquote von 39% für einen erfüllbaren Anspruch.

Es ist machbar!

- Es ist machbar, weil wir aufgrund der bisherigen Ausbaudynamik glauben, dass jetzt der U3-Ausbau – auch mithilfe der neuen Gelder – nochmal einen Schub erfährt.
- Es ist machbar, weil bei allen bangen Blicken auf das Jahr 2013 das bisher Erreichte Bände spricht:

Aber wir dürfen nicht nachlassen.

Wichtig ist jetzt, dass wir auf allen Ebenen wirklich alle Kräfte mobilisieren und an einem Strang ziehen!

Dabei will ich übrigens auch die Wirtschaft nicht aus der Verantwortung entlassen.

Es sind ja auch und insbesondere die Unternehmen,

die von Betreuungsplätzen profitieren, denn familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind längst ein Standortfaktor.

Deshalb glaube ich, dass die Wirtschaft, es sich ein bisschen zu einfach macht mit der Einstellung, für ein gutes Betreuungsangebot zu sorgen, sei allein Aufgabe des Staates.

Natürlich ist das eine der wichtigsten Aufgaben staatlicher Familienförderung!

Deshalb nehmen wir dafür ja auch eine Menge Geld in die Hand.

Aber es liegt eben auch im eigenen Interesse der Unternehmen, in ein familienfreundliches Arbeitsumfeld zu investieren.

Genau das ist der Punkt:

Das ist keine soziale Wohltat, das ist eine Investition.

Mit dem „10-Punkte-Programm“ geben wir darum auch Unternehmen einen zusätzlichen Anreiz, ihren Beitrag für ein bedarfsgerechtes Angebot zu leisten: Das Programm „betrieblich-unterstützte-Kinderbetreuung“ wird modifiziert und mit Bundesmitteln verlängert.

Und wir werden das Programm öffnen, damit auch in Betrieben die Festanstellung von Tagesmüttern und –vätern möglich wird.

Meine Damen und Herren,
bis August 2013 müssen Bund, Länder, Kommunen und auch Unternehmen den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland beweisen, was ihnen die frühkindliche Förderung wert ist.

Die Eltern vertrauen darauf.

Wir müssen das, was wir auch an neuen Mitteln in der Hand haben, jetzt rasch und konsequent nutzen.

Darum ist es für mich so wichtig, konstruktive Anregungen aus der Praxis, wie heute von Ihnen, zu bekommen.

Denn wenn wir die Probleme vor Ort nicht exakt kennen, dann tun wir uns als Bund auch schwer, Lösungen zu entwickeln.

Deshalb erhoffe ich mir von der heutigen Diskussion viele wertvolle Impulse.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Einladung und freue mich jetzt auf unser Gespräch!